

O C R

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publication of the Amt fuer Technik, No. 11/1957

DATE DISTR.

26 FEB 1958

NO. PAGES

1

REFERENCES

RD

PROCESSING COPY

DATE OF INFO.
PLACE &
DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1
A
MAR 1958

official publication 25X1

of the East German Office for Technology (Amt fuer Technik), Verfuegungen und Mitteilungen, No. 11/1957, dated 30 August 1957. The publication gives information and instructions of interest to the enterprises coming under the Office for Technology on the subjects of capital investments, finances and budget.

25X1
17 MAR RECD
MAR 1958
①
[Handwritten signature]

25X1
[Handwritten signature]

S-E-C-R-E-T

25X1

34

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Nr.

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Amtes für Technik
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Nr. 11/1967

Berlin, den 22. August 1967

Inhalt

I. Investitionen	Seite	III. Haushalt	Seite
1. Anweisung Nr. 41/1967 zur Abgrenzung der Projektierungsaufgaben — Vom 29. Juli 1967	57	4. Anweisung Nr. 40/1967 zur Änderung und Ergänzung der Anweisung Nr. 15/1967 zur Durchführung der Haushaltsrechnung im Bereich des Amtes für Technik — Vom 31. Juli 1967	58
II. Finanzen		IV. Sonstiges	
2. Anweisung Nr. 44/1967 über die Genehmigung von Preisen — Vom 12. August 1967	58	5. Verfügungen und Mitteilungen des Amtes für Technik Nr. 9/1967, Nr. 8/1967 und Nr. 10/1967	61
3. Arbeitsrichtlinie zur Anweisung Nr. 44/1967 über die Genehmigung von Preisen	59		

I. Investitionen

1. Anweisung Nr. 41/1967 zur Abgrenzung der Projektierungsaufgaben Vom 29. Juli 1967

Auf Grund der Übernahme des VEB Projektierungsbüro Süd (PBS) durch das Amt für Technik ist eine Abgrenzung der Projektierungsaufgaben im Bereich des Amtes für Technik erforderlich. Deshalb wird folgendes angewiesen:

1. Für die Betriebe und sonstigen Einrichtungen des Amtes für Technik werden grundsätzlich die bautechnischen Projektierungsarbeiten durch das Projektierungsbüro Süd im Rahmen der staatlichen Planaufgaben übernommen;
2. Die für die Übernahme bautechnischer Projektierungsarbeiten durch das PBS erforderliche Vorplanung und Technologie ist grundsätzlich von folgenden Institutionen zu erarbeiten:
 - a) für den Bereich der HVI vom Konstruktionsbüro für Anlagen (KBA), Berlin;
 - b) für den Bereich der HV II vom PBS und sonstigen Institutionen;
 - c) für den Bereich der Verwaltung der Luftfahrtindustrie (VLI) vom Institut für technologische Planung, Entwicklung und Organisation beim Forschungszentrum der VLI.

Soweit das KBA nicht in der Lage ist, die Vorplanung zu erarbeiten, hat das PBS im Rahmen der fachlichen Eignung technologische Aufträge auszuführen.

3. Die Beauftragung des PBS mit Projektierungsarbeiten — gleich ob technologischer oder bautechnischer Art — erfolgt grundsätzlich für

- a) zentrale Maßnahmen des Amtes für Technik durch die Zentrale Investitionsabteilung des Amtes für Technik;
- b) bei Maßnahmen im Bereich der HV I durch das KBA Berlin;
- c) Maßnahmen im Bereich der HV II durch die Abteilung Investitionen der HV II bzw. durch die von der Abteilung Investitionen beauftragten Investitionsverantwortlichen der Betriebe und Institutionen der HV II;
- d) Maßnahmen im Bereich der VLI durch die Abteilung Projektkontrolle beim Leiter für Aufbau der VLI.

4. Bei der Erarbeitung der Grundkonzeption vorgesehener Maßnahmen ist seitens der unter 2 a) bis c) genannten Institutionen das Nutzungsprogramm der Bauten, besonders die zu verwendenden Bautypen und die Konstruktion der Bauten, mit dem PBS abzustimmen. Darüber hinaus haben die unter 2 a) bis c) genannten Institutionen in der Phase der Entwurfsentwicklung engstens mit dem PBS zusammenzuarbeiten, damit Fehlprojektierungen vermieden werden.

5. Die Zusammenstellung der technologischen und bautechnischen Grundprojekte erfolgt

- a) im Bereich der HVI durch das KBA,
- b) im Bereich der HV II durch die Investitionsverantwortlichen der jeweiligen Betriebe und Institutionen.

- c) im Bereich der VLI durch das Institut für technologische Planung, Entwicklung und Organisation beim Forschungszentrum der VLI.

Von diesen sind die zusammengestellten Grundprojekte an die jeweiligen Planträger zur Bestätigung weiterzuleiten. Nach erfolgter Bestätigung der Grundprojekte sind die technologischen und bautechnischen Ausführungsprojekte vom Investitionsträger zu kontrollieren und in eigener Zuständigkeit zu bestätigen. Dabei sind jedoch sämtliche Änderungen im Ausführungsprojekt gegenüber dem bestätigten Grundprojekt sofort nach Bekanntwerden durch den Investitionsträger der zuständigen Stelle des Planträgers zu melden.

6. Die Anzahl der zu liefernden Projektierungsunterlagen wird durch die Zentrale Investitionsabteilung des Amtes für Technik festgelegt.
7. Diese Anweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

II. Finanzen

2. Anweisung Nr. 44/1957 über die Genehmigung von Preisen

Vom 12. August 1957

Um zu gewährleisten, daß der Beschluß des Ministeriums vom 6. 2. 1953 über die Grundsätze der Preispolitik eingehalten und daß in den Betrieben des Amtes für Technik der Preis ein ökonomischer Hebel zur Erziehung der Betriebe zur Sparsamkeit wird, wird folgendes angewiesen:

I. Verfahrensregelung in Preisangelegenheiten

1. Es darf kein Erzeugnis verkauft werden, wenn dafür kein Preis genehmigt oder beantragt ist. Massenbedarfsartikel dürfen jedoch nur dann verkauft werden, wenn der Preis genehmigt ist (siehe Preisverordnung Nr. 415 vom 6. 5. 55 — GBl. I Seite 330).
2. Die bewilligten Preise und Entgelte sind Festpreise, die ohne Genehmigung der zuständigen Hauptverwaltung weder überschritten noch unterschritten werden dürfen. Die Verpflichtung der Betriebe, alle Möglichkeiten der Kostensenkung auszuschöpfen, wird hierdurch nicht berührt.
3. Die bewilligten Preise gelten nur für die auf dem bestätigten Preiskarteiblatt festgesetzte Güteklasse.
4. Sollen neue Erzeugnisse in die Produktion aufgenommen werden, haben die Leiter der Betriebe gemäß der Verordnung vom 17. 3. 55 zur Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung (GBl. I, Seite 277) einen Antrag auf Bewilligung eines Preises bei ihrer zuständigen Hauptverwaltung einzureichen. Dem Preisantrag ist eine Kalkulation beizufügen.
5. Bei Preisen für Erzeugnisse, die nur für das Ministerium für Nationale Verteidigung, das Ministerium des Innern und das Ministerium für Staatssicherheit hergestellt werden, ist nur 3% Gewinn, bezogen auf die Gesamtselbstkosten, zu kalkulieren.
6. Die Hauptverwaltung ist verpflichtet, den Preisantrag innerhalb vier Wochen zu bearbeiten und ein bestätigtes Preiskarteiblatt an den antragstellenden Betrieb zurückzusenden.

7. Für die Genehmigung des Preiskarteiblattes ist der kommerzielle Leiter der Hauptverwaltung oder ein von ihm beauftragter Mitarbeiter unterschreibsberechtigt.

8. Werden von den Hauptverwaltungen „vorläufige Preise“ bewilligt, die nur bis zu einem auf dem Preiskarteiblatt bestimmten Zeitpunkt Gültigkeit haben, so ist der antragstellende Betrieb bei weiterer Produktion des Erzeugnisses verpflichtet, bis spätestens vier Wochen vor Ablauf der Gültigkeit des Preiskarteiblattes einen Antrag auf Festsetzung eines Festpreises zu stellen. Zu diesem Zweck sind von ihm die Ergebnisse der Nachkalkulation für das betreffende Erzeugnis an die zuständige Hauptverwaltung einzureichen. Für die Bearbeitung dieser Anträge gelten die Bestimmungen der Ziffern 4 bis 7 des Abschnittes I.

9. Die Betriebe haben die Möglichkeit, innerhalb vierzehn Tagen nach Eingang des bestätigten Preiskarteiblattes im Betrieb, Einspruch gegen die Preisfestsetzung bei ihrer zuständigen Hauptverwaltung zu erheben. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Erfolgt keine Einigung zwischen dem Betrieb und der zuständigen Hauptverwaltung, so entscheidet die zentrale Abteilung Finanzen des Amtes.

10. a) Die im Abschnitt I, Ziffer 4 bis 6 dieser Anweisung festgelegte Regelung gilt nicht für die Beantragung von Preisen für Massenbedarfsartikel aus inneren Reserven. Diese Preise sind nach der Preisverordnung Nr. 350 vom 10. 3. 1954 — Verordnung über die Preisbildung für Erzeugnisse des Massenbedarfs (GBl. Seite 313) — und der Erläuterung des Ministeriums der Finanzen, Hauptabteilung Preise vom 10. 6. 1954 hierzu — (veröffentlicht in „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1954, Seite 847) — zu kalkulieren und bei dem zuständigen Rat des Bezirkes zu beantragen (siehe „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1954, Heft 3, Seite 143 — Amtliche Preisnachrichten).
- In dem Preisantrag dürfen keine Angaben über die weitere Produktion, außer der Massenbedarfsartikelproduktion, enthalten sein.
- b) Der Rat des Bezirkes ist nicht berechtigt, eine Preisprüfung in den Betrieben durchzuführen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des zuständigen Hauptverwaltungsleiters.
- c) Ein vom Rat des Bezirkes bestätigtes Preiskarteiblatt ist bis spätestens 14 Tage nach der Bestätigung an die zuständige Hauptverwaltung zu übersenden.

II. Änderung von Preisen

1. Genehmigte Preise dürfen während eines Planjahres nicht geändert werden.
2. Eine Überarbeitung von bereits bestätigten Preisen hat vor Beginn der Planung für das kommende Jahr zu erfolgen, damit die neuen Preise bei der Planung berücksichtigt werden können.

III. Schlußbestimmungen

1. Werden die gesetzlichen Preisbestimmungen oder die in der vorliegenden Anweisung festgelegten preisrechtlichen Prinzipien nicht eingehalten, so sind die Bestimmungen des Preisstrafrechts in vollem Umfang anzuwenden.

2. Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1.9.1957 in Kraft.
3. Die Anweisung Nr. 31/1956 vom 8.1.1956 über die Genehmigung von Preisen für die Betriebe und sonstigen Einrichtungen des Amtes für Technik (V. a. Nr. 9/1956, Seite 26) wird gleichzeitig außer Kraft gesetzt.
4. Der Leiter der zentralen Abteilung Finanzen hat zu dieser Anweisung Arbeitsrichtlinien herauszugeben.

3. Arbeitsrichtlinien zur Anweisung Nr. 44/1957 über die Genehmigung von Preisen

Gemäß der Anweisung Nr. 44/57 vom 12.8.1957 des Leiters des Amtes für Technik über die Genehmigung von Preisen wird für die Betriebe des Amtes für Technik die nachfolgende Arbeitsrichtlinie erlassen:

I. Aufstellung von Kalkulationen

1. Die Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung sind nach der Verordnung vom 17.1.1956 zur Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung für Erzeugnisse und Leistungen der volkseigenen Betriebe der Industrie, die nach den Grundsätzen des neuen Rechnungswesens kalkulieren (GBI. I, S. 277), und den dazu von den Fachministerien erlassenen Durchführungsbestimmungen aufzustellen (z. B. PAO 483 und 664).
2. Die Preise sind mit den genehmigten Zuschlägen zu kalkulieren.
3. Die Betriebe reichen zur Bewilligung der kalkulationsfähigen Kosten für Ausschuß, Nacharbeiten, Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen mit den Unterlagen für die Bestätigung der Zuschläge die Kosten für das Jahr 1956 lt. Kto. 42 — Abrechnung des Ausschusses, der Nacharbeit und der Garantieleistungen — an ihre zuständige Hauptverwaltung ein. Die Hauptverwaltung genehmigt einen Prozentsatz für Ausschuß, Nacharbeit, Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen, bezogen auf die Produktionsselbstkosten, bis zu den lt. PAO 483/1 vom 24.11.55 (GBI. I, S. 945) oder in nachfolgenden Preisanordnungen festgesetzten Höchstsätzen.
4. a) Vorleistungen (Entwicklungskosten, Anlaufkosten, Mehrkosten für die Null-Serie, Kosten für Werkzeuge und Vorrichtungen) sind nicht mit in die Kalkulation aufzunehmen. Die als Vorleistungen zu verrechnenden Kosten sind aufgeschlüsselt in einer Anlage dem Preisantrag beizufügen. Die zuständige Hauptverwaltung entscheidet von Fall zu Fall, ob die Kosten in den Preis eingehen und in welchem Zeitraum sie zu amortisieren sind oder ob sie gesondert finanziert werden. Entscheidet die Hauptverwaltung, daß Vorleistungen mit in den Preis aufgenommen werden sollen, so gehen die Vorleistungen zu den von der Hauptverwaltung festgelegten Amortisationsraten in die Kalkulation ein.
- b) Gehen in den Preis auch Mittel aus dem Fonds für Forschung und Technik ein, die dem Betrieb zur Verfügung gestellt wurden, so sind diese Mittel nach ihrer Realisierung monatlich an die zuständige Hauptverwaltung zu überweisen.
- c) Für spezielle Erzeugnisse, die nur für militärische Zwecke verwendet werden, sind grundsätzlich keine Vorleistungen zu kalkulieren. In diesem Falle erbringt sich eine Überschätzung der Kosten für Vorleistungen.

5. Als Gewinn ist zu kalkulieren:

- a) Für rein militärische Erzeugnisse der Bedarfsträger A—C = 3%
- b) für alle übrigen Erzeugnisse, auch wenn sie teilweise an Bedarfsträger A—C geliefert werden, auf die Gemeinheitskosten = 6%
- c) bei eigenverantwortlichen Kalkulationen nach dem genehmigten Kalkulationsschema gemäß Verordnung vom 17.1.56 zur Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung (GBI. I, S. 277, § 4, Ziffer 3, Absatz 3) nur ein Gewinn von 3% auf die Gemeinheitskosten.

6. Als Produktionsabgabe ist gemäß Anweisung Nr. 436 vom 18.8.55 (GBI. I, S. 977 und 612) der Prozentsatz vom Industriepreis zu kalkulieren, der in der zur Zeit der Preisbildung gültigen Tabelle der Hauptabteilung Staatseinkommen aufgeführt ist. Für die Maschinenbaubetriebe gilt für das Jahr 1957 noch die Ausnahmebestimmung, daß die Kalkulation noch mit der bisherigen Umsatz- und Gewerbesteuer sowie der Verbrauchsabgabe aufzustellen ist (siehe Erläuterung zur Preisanordnung 436 vom 22.12.55 — „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1956, Heft 6, S. 243).

II. Angaben und Unterlagen für die Preisfestsetzung

Bei der Beantragung eines Preises sind folgende Unterlagen einzureichen bzw. Angaben zu machen:

1. a) Nummer der Planposition.
- b) Waren-Nummer des Allgemeinen Warenverzeichnis (Ausgabe 1957 und Nachträge).
2. Genaue technische Beschreibung des Erzeugnisses mit Zeichnung, Abbildung oder Muster.
3. Rohgewicht und Fertiggewicht.
4. Beantragter Preis.
5. Selbstkostennachweis (Kalkulation) nach dem Schema des Formblattes 71 des VEB-Planes 1955 unter Berücksichtigung der gemäß § 4 der Verordnung vom 17.1.55 zur Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung für Erzeugnisse und Leistungen der volkseigenen Betriebe der Industrie, die nach den Grundsätzen des neuen Rechnungswesens kalkulieren — GBI. I, S. 277 —, bestätigten Kalkulationselementen.
6. Lohnspezifikation nach Arbeitsgang, Arbeitszeit und Lohngruppe (Arbeitszeit aufgeteilt in Rüst- und Normzeit).
7. Materialspezifikation mit Dimensions- und Güteangabe und Einzelpreis. (Bei größeren Zulieferteilen Angabe des Lieferbetriebes).
8. Nachweis der Normerfüllung nach Betriebsabteilungen.
9. a) Wertmäßiger Anteil der Produktionsaufgabe des beantragten Erzeugnisses (auf Grund des beantragten Preises zu berechnen) an der Gesamtproduktion in Prozent.

- b) Produktionsauflage in Stück des beantragten Erzeugnisses.
- c) Wie lange wird voraussichtlich das Erzeugnis produziert?
- 10. a) Wurde das Erzeugnis bereits früher im Betrieb hergestellt?
- b) Wann?
- c) Zu welchem Preis?
- 11. a) Wird oder wurde das Erzeugnis in gleicher Ausführung in anderen Betrieben hergestellt?
- b) Von welchem Betrieb?
- c) Zu welchem Preis?
- 12. a) Wird oder wurde vom antragstellenden Betrieb oder von einem anderen Betrieb ein ähnliches oder vergleichbares Erzeugnis hergestellt?
- b) Von welchem Betrieb?
- c) Zu welchem Preis?
- d) Welche Unterschiede bestehen (Erläuterung der Vergleichbarkeit)?
- 13. Wie hoch ist der Anteil des zu erzeugenden Produktes in Prozent bezogen auf die Gesamtheit (Summe a bis d der Gruppierung) für die nachstehende Gruppierung:
 - a) Regierungsaufträge A, B, C; D, E.
 - b) Export.
 - c) Staatlicher Groß- und Einzelhandel.
 - d) Übrige Abnehmer.
 - e) Angabe des Hauptabnehmers.
- 14. Sind Preisangebote für die beantragten Erzeugnisse an Abnehmer abgegeben worden? — Wann? — In welcher Höhe? —
- 15. Mit welchem Wert ist das Erzeugnis im Finanzplan aufgenommen?

Dem Preisantrag sind Preiskarteiblätter in vierfacher Ausfertigung beizufügen. Die Preiskarteiblätter müssen fortlaufend nummeriert sein und die genaue Bezeichnung des Erzeugnisses sowie die Fertiggewichtsangabe enthalten. Weiterhin muß die Warennummer eingetragen sein.

Die stark umrandeten Felder auf den Preiskarteiblättern sind nicht auszufüllen. Diese Eintragungen werden von der Preisbildungsstelle vorgenommen. Weiterhin ist mit dem Preisantrag die in der Anlage beigefügte Erklärung einzureichen. Werden die unter Abschnitt IV, Ziffer 1—15 geforderten Angaben vom Betrieb nicht ordnungsgemäß eingereicht, so wird der Preisantrag unbearbeitet zurückgesandt.

III. Eigenverantwortliche Kalkulation der Betriebe

1. Für Aufträge von geringer Stückzahl oder wertmäßig geringem Umfang besteht die Möglichkeit, daß die Betriebe die Preise eigenverantwortlich bilden. Gemäß § 3 der Verordnung vom 17.3.55 über die Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung (GBI. I, S. 277) sind die Betriebe jedoch verpflichtet, von ihrer vorgesetzten Dienststelle die Genehmigung hierfür einzuholen. Die Betriebe reichen zu diesem Zwecke entsprechende Anträge mit einer eingehenden Begründung, weshalb die Preisbildung eigenverantwortlich durchgeführt werden soll, an ihre zuständige Hauptverwaltung ein. Der kommerzielle Lei-

ter der Hauptverwaltung legt fest, welche Erzeugnisse, welche Stückzahl und welchen wertmäßigen Umfang der Betrieb eigenverantwortlich kalkulieren darf. Bei der Bewilligung ist zu beachten, daß die eigenverantwortliche Preisbildung der Betriebe weitestgehend einzuschränken ist. Wenn in Ausnahmefällen für bestimmte Erzeugnisse oder Warengruppen dem Betrieb die Genehmigung zur eigenverantwortlichen Preisbildung erteilt wird, so muß der Geltungsbereich dieser Genehmigung genau abgegrenzt werden.

2. Gemäß §§ 5 und 6 der vorgenannten Verordnung sind die Betriebe verpflichtet, bei eigenverantwortlichen Kalkulationen eine Vor- und eine Nachkalkulation aufzustellen, wobei berücksichtigt werden muß, daß in der Vorkalkulation nur 3% Gewinn kalkulationsfähig sind. (Siehe Abschnitt I, Ziffer 5 c dieser Arbeitsrichtlinie.)

Liegt das Ergebnis der Nachkalkulation mehr als 3% unter dem Ergebnis der Vorkalkulation, so ist die darüber hinausgehende Differenz als Mehrerlös an das Amt für Technik, Konto 9/0025 beim Berliner Stadtkontor, zu überweisen. Die Abführung wird nicht auf die planmäßige Gewinnabführung angerechnet.

Die Buchung im Betrieb lautet:

per Konto 602 — Abführungspflichtige Mehrerlöse auf Grund PAO,
an Konto 9000 — Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt.

IV. Genehmigung von Zuschlagssätzen

1. Die Betriebe des Amtes reichen bis zum 30.8.1957 gemäß § 4 der Verordnung vom 17.3.1956 über die Aufstellung und Prüfung von Kalkulationen zum Zwecke der Preisbildung die Kostenrechnungsunterlagen des Planjahres 1956 an ihre zuständige Hauptverwaltung zur Bestätigung ein. Den Kostenrechnungsunterlagen sind die Plinkosten der Ist-Produktion für den gleichen Zeitraum beizufügen.
2. Die Kostenrechnungsunterlagen sind um die ab 1.1.1957 in Kraft getretenen Preisänderungen zu berichtigen (insbesondere PAO Nr. 697 vom 3. November 1956 — Anordnung über die Preise für Aluminium, Aluminiumlegierungen, Magnesium — GBI-Sonderdruck Nr. 220 — und PAO Nr. 713 vom 7.12.1956 — Anordnung über die Preise für Wälzlager, Wälzlagerkränze, Wälzkörper und -käfige — GBI-Sonderdruck Nr. 229).
Außerdem sind die Kosten für die Berufsausbildung der Lehrlinge aus den Kosten auszugliedern (siehe Anordnung vom 25.10.1956 über die Finanzierung und Abrechnung der Kosten der Berufsausbildung der Lehrlinge in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft — GBI. I, Seite 1149).
3. Die bewilligten Kostenelemente gelten für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1958.
4. Als Basis für die bewilligten Kostenelemente gelten die gesetzlich zulässigen Löhne und die festgesetzten Materialpreise nach dem Stand vom 1.1.1958.
5. Die Hauptverwaltungen des Amtes bestätigen die Kostenelemente bis zum 31.10.1957.

III. Haushalt

4. Anweisung Nr. 40/1957 zur Änderung und Ergänzung der Anweisung Nr. 15/1957 zur Durchführung der Haushaltwirtschaft 1957 im Bereich des Amtes für Technik Vom 31. Juli 1957

Zur weiteren Stärkung der Verantwortlichkeit der Hauptverwaltungsleiter auf dem Gebiet der Haushaltwirtschaft wird in Ergänzung und Änderung der Anweisung Nr. 15/1957 zur Durchführung der Haushaltwirtschaft 1957 im Bereich des Amtes für Technik (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 4/1957, Seite 15) folgendes angewiesen:

1. Teil A, Abschnitt II, Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

Die Haushaltorganisationen der Hauptverwaltungen I und II werden durch die Abteilung Finanzen der HV I bzw. II und die Haushaltorganisationen der HV III (VLJ) durch die Abteilung Haushalt der HV III finanziert. Die Funktion des Haushaltbearbeiters wird in den Hauptverwaltungen I und II durch den Abteilungsleiter für Finanzen der jeweiligen Hauptverwaltung ausgeübt.

2. Teil B wird wie folgt ergänzt:

3. Die monatlichen Kassenpläne der Haushaltorganisationen und Entwicklungsbetriebe sind den Hauptverwaltungen bis zum 15. des Monats einzureichen, die dieselben zusammengefaßt nach

- a) Haushaltorganisationen,
- b) Entwicklungsbetrieben

an die Zentrale Abteilung Haushalt bis zum 17. des Monats weiterleiten. Die Berichterstattung ist unter der Nr. 02/28/57 registriert.

3. Teil C, Ziffer 1, Buchstabe a) wird wie folgt geändert:

Die Abrechnung der Zahlungsmittel erfolgt durch die Haushaltorganisationen bei den Hauptverwaltungen, die die Abrechnungen zusammengefaßt an die Zentrale Abteilung Haushalt weiterleiten.

4. Teil D, Ziffer 1 und 2 werden wie folgt geändert und ergänzt:

Ziffer 1

Mit der monatlichen Zahlungsmittelabrechnung reichen die Haushaltorganisationen bis zum 8. Kalendertag des folgenden Monats den Bericht über die Erfüllung des Haushaltplanes einschließlich Kurzanalyse gemäß Formblatt 02 20/57, registriert beim AIT am 17. 6. 1956, an die zuständige Haupt-

verwaltung ein, die die Abrechnungen zusammengefaßt an die Zentrale Abteilung Haushalt bis zum 10. Kalendertag des Monats weiterleitet.

Zur Quartalsanalyse sind die Abrechnungen in zweifacher Ausfertigung an die Hauptverwaltungen einzureichen. Eine Ausfertigung ist mit der zusammengefaßten Abrechnung an die Zentrale Abteilung Haushalt weiterzuleiten.

Ziffer 2

Die Quartalsanalysen sind in doppelter Ausfertigung bis zum 15. Kalendertag des folgenden Monats an die zuständige Hauptverwaltung einzureichen, die ein Exemplar mit der Gesamtanalyse bis zum 18. Kalendertag an die Zentrale Abteilung Haushalt weiterleitet.

5. Die in der Anlage zur Anweisung Nr. 20/1957 über die Berichterstattung der Betriebe und sonstige Einrichtungen im Bereich des Amtes für Technik für das Planjahr 1957 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 5/1957, Seite 17) unter den laufenden Nummern 14 und 15 aufgeführten Bestimmungen über die Berichterstattung sind entsprechend den Vorschriften dieser Anweisung anzuwenden.

6. Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. August in Kraft.

IV. Sonstiges**5. Verfügungen und Mitteilungen des Amtes für Technik Nr. 8/1957, Nr. 9/1957 und Nr. 10/1957**

Die Verfügungen und Mitteilungen des Amtes für Technik Nr. 8/1957 ist am 11. Juli 1957, die Nr. 9/1957 am 13. Juli 1957 und die Nr. 10/1957 am 22. August 1957 erschienen und an einen besonders festgelegten Empfängerkreis verteilt worden.

Die Nr. 8/1957 enthält die Arbeitsordnung vom 11. Juli 1957 für die Mitarbeiter des Amtes für Technik, die Nr. 9/1957 enthält die Bekanntmachung der Thesen zur Verbesserung der Erziehungsarbeit in Betriebsberufsschulen und Lehrwerkstätten der Betriebe des Amtes für Technik, die Nr. 10/1957 enthält die Vereinbarung vom 22. Juli 1957 des Leiters des Amtes für Technik und des Zentralvorstandes der IG Metall zur Durchführung sozialistischer Wettbewerbe und zur Auszeichnung mit staatlichen Ehrentiteln in den Betrieben des Amtes für Technik.

Der Leiter des Amtes für Technik
Wolf
Staatssekretär